Tageblatt für Politik. Unterhaltung. Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–5, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nachfolgende Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Photographie-Atelier „Phönix", Pillnitzerstr. 46
(gegenüber der Johanneskirche).
Aufnahmen bei jeder Witterung in garantirt feinster Ausführung. 12 Visitbilder von 5 Mk. an. 6 Cabinetbilder von 10 Mk. an. Jedes grössere Format bis Lebensgrösse zu billigsten Preisen. Auch Sonntags geöffnet.

Erste und grösste Masken- u. Theater-Garderobe
Max Jacobi,
Galeriestr. 2,
parterre und erste Etage.
Dominos in vorzüglicher Auswahl f. Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.
Telephon 389.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

Preuss & Brendecke, Dresden,
König-Johannstrasse 3, part. u. I. Et.
en gros Posamenten und Knöpfe en detail
Eigene Anfertigung von Posamenten.

Moritz Hartung,
Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle Damenschneider-Artikel.

Sämmtl. Confirmandenwäsche grösster Auswahl. Billigste Preise. Prompte Bedienung.
G. D. Blass,
Wäschefabrik u. Ausstattungsgeschäft,
Marienstr. 9 u. Porticus. Telephon 1382.

Nr. 39. Spiegel: Kaiser und Kanzler, Schweigen der Sozialdemokratie, europäische Conferenzen. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Stadtverordnetensitzung, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Die wilde Jagd", Vesperaufführungen. | **Sonnabend, 8. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

„Die eigene Flugbahn, wer will sie stören?" so lautete der Titel einer jüngst erschienenen Schrift, welche darlegte, daß der jugendliche Kaiser Wilhelm seine eigenen Wege zu gehen ganz der Mann sei. An jenes Wort erinnern die beiden kaiserlichen Erlasse betreffs der Arbeiterfrage. Sie tragen nicht die Gegenzeichnung der Staatsminister, an die sie gerichtet sind. Das ist mit ganz bestimmter Absicht geschehen. Der Kaiser wollte damit dem Volke sagen, daß die Gedanken der beiden Erlasse seinem eigenen Antriebe entsprossen sind. Der formelle Mangel einer Gegenzeichnung der Minister macht sie keineswegs, wie ein freisinniges Blatt schon ausgeklügelt hat, „ungiltig". Verlasse man sich darauf, sie werden sich Geltung zu verschaffen wissen. Daß die Minister sie ausführen werden, ist selbstverständlich. Fürst Bismarck insonderheit wird die vom Kaiser verlangten internationalen Verhandlungen einleiten; wäre er sachlich mit dem Unternehmen nicht einverstanden, so hätte er bei der Geradheit und Offenheit seiner Natur lieber seine Entlassung genommen. Es ist daher auch eitles Bemühen der Deutschfreisinnigen, dem Volke einen Gegensatz zwischen Kaiser und Kanzler bezüglich des Arbeiterschutzes einreden zu wollen. Zugegeben, daß der Kanzler sich bisher ablehnend gegen den Arbeiterschutz verhielt und die großen Schwierigkeiten einer internationalen Regelung dieser Frage scharf hervorhob — die von Poschinger herausgegebenen Aktenstücke über Bismarck als Volkswirth haben dargethan, daß er Alles Andere, nur kein starrer Doktrinär und Prinzipienreiter ist, daß er vielmehr gewonnenen neuen und besseren Ansichten folgte. Was hätte es denn auch für einen Zweck, dem Reichskanzler vorzuhalten, daß er jetzt Dinge auszuführen hat, denen er bisher kühl gegenüber stand? Solche freisinnige Nadelstiche sind verfehlt; sie werden den Reichskanzler nicht abhalten, seine Vollkraft der Ausführung der volksfreundlichen Absichten des Kaisers zu widmen. Das deutsche Volk kennt die erprobte Loyalität des Fürsten Bismarck zu genau, um nicht zu wissen, daß er seinem kaiserlichen Herrn in der Durchführung seiner hochherzigen Pläne mit bewährter hingebender Treue zur Seite steht. Ausdrücklich war ja, um die volle Uebereinstimmung von Kaiser und Kanzler deutlich hervortreten zu lassen, das parlamentarische Diner bei Bismarck eingerichtet worden, an welchem der Kaiser persönlich theilnahm. Dieses Erscheinen des Monarchen im Hause seines Kanzlers am Tage vor der Veröffentlichung der kaiserlichen Erlasse und sein langes Verweilen daselbst sollte jedes Gerede von zwiespältiger Auffassung der Arbeiterfrage verstummen machen.

Die kaiserlichen Erlasse sind keine Augenblicksschöpfungen, sondern folgerichtige Glieder der großen weitausschauenden sozialen Reformpolitik, die Kaiser Wilhelm I. angeregt hat und die sein Enkel jetzt kräftig und auf breiterer Grundlage fortzuführen gewillt ist. Unser Kaiser ist eben ein eigener, seinen Weg selbstständig wählender und gehender Mann. Unangekränkelt durch ängstliche Rücksichtnahme auf höfische Uebung des Herkommens hüllt er sich nicht in eine unnahbare, dem vollkräftigen Pulsschlag des Volkslebens entrückte schweigende Majestät. Er läßt jede bedeutende Regung der Zeit in seiner Seele wiederklingen und schreitet voll warmer Antheilnahme an dem Loose der wirthschaftlich Schwachen durch sein Volk. Ihr Schicksal zu bessern, darnach trachtet sein Geist; er will Mißstände beseitigen, um die Unzufriedenen zu zufriedenen Reichsbürgern zu machen. Er bietet die Hand, wer wollte nicht einschlagen? Und er macht sich mit der ihm eigenen Thatkraft an's Werk, um den Arbeiterschutz zu verwirklichen, den der letzte, vom Freisinn und der Sozialdemokratie verlästerte und verleumdete Reichstag einmüthig verlangte, während die Bureaukratie vor lauter Bedenken es zu keinem Entschlusse bringen konnte. Die Erlasse des Kaisers jetzt mitten in den Wahlen können ihren tiefen Eindruck auf diese nicht verfehlen. Sie sind im höchsten Grade geeignet, den Arbeitern die Augen zu öffnen und ihnen zu zeigen, auf welcher Stelle sie die Gewißheit einer Verbesserung ihrer Lebenslage haben, damit sie sich zurückziehen von den Abgründen des Umsturzes, in welche sie verlockt und gehetzt werden sollen. In Hunderttausenden von Exemplaren sollten, so schreibt der konservative „Reichsbote", diese Erlasse verbreitet und an alle Straßenecken sollten sie öffentlich angeschlagen werden, damit Jedermann sie lesen könnte. Unser Volk müßte doch geradezu mit Blindheit und Herzensverstockung geschlagen sein, wenn es auf diese erhabenen Entschließungen des Kaisers nicht achten wollte! Es kann vielleicht noch in letzter Stunde viel Unheil verhindert werden. Und die gutgesinnten Elemente sollten Alles aufbieten, um das Volk mit den Absichten seines Kaisers vertraut zu machen, damit es Abgeordnete wählt, die das Reichsoberhaupt in der Durchführung seines Unternehmens unterstützen und sie nicht durch Aufstellen unerfüllbarer Forderungen durchkreuzen.

Bezeichnend in dieser Richtung ist es, daß das Berliner Hauptblatt der Sozialdemokratie zunächst die Sprache verloren hat. Dieses Schweigen über die kaiserlichen Erlasse ist beredt. Die sozialdemokratische Agitation muß auf das ernstlichste Hinderniß stoßen, wenn es den deutschen Arbeitern zum Bewußtsein kommt, daß der Kaiser und das Reich mit seiner Gesetzgebung und seinem internationalen Einfluß die Besserung der sozialen Lage der Massen übernommen hat. Die freisinnige Presse mäkelt an den Erlassen funerstöpfisch herum: die Thatsache ist eben nicht aus der Welt zu schaffen, daß die freisinnige Partei sich als die letzte von allen Parteien für den Arbeiterschutz ausgesprochen hat. Nächstdem ist es die englische Presse, die sich ablehnend gegen die internationale Regelung des Arbeiterschutzes verhält. Allerdings entziehen sich einzelne Fragen desselben der gemeinsamen Feststellung. Einen in der ganzen Welt giltigen gleichen Arbeitslohn und einen für alle Länder der Erde gleichmäßigen Arbeitstag einführen zu wollen, heißt einer Utopie nachjagen. In den einzelnen Ländern der Erde sind die grundlegenden Verhältnisse, die Preise der nothwendigen Lebensbedürfnisse, die Lebensgewohnheiten, nicht minder auch die Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit der Arbeiter so grundverschieden, daß die Gleichheit der Lohnsätze und der Länge der Arbeitsdauer sich nicht herbeiführen läßt. Was man aber von internationalen Festsetzungen betreffs des Arbeiterschutzes erwarten darf, das sind Bestimmungen über die Sonntagsruhe und die Verwendung von Frauen- und Kinderarbeit. Freudige Zustimmung erregten die Erlasse unseres Kaisers in Oesterreich und bei dem König Leopold von Belgien, der seine höchste Befriedigung darüber zu erkennen gab.

Da es undenkbar ist, daß zwei europäische Konferenzen zu dem gleichen Zweck: internationale Regelung der Arbeiterfrage tagen, die von der Schweiz angeregte und die vom deutschen Kaiser vorgeschlagene, so glaubt man, daß die Schweiz nun nicht mehr auf der ihrigen bestehen wird. Uebrigens soll die neuerliche schweizerische Einladung zur Konferenz noch gar nicht ergangen sein. Die Schweiz wird die Verfolgung der Sache gern den kräftigeren Händen Deutschlands überlassen. Dem Kaiser aber lag daran, in einer so hochwichtigen Frage das Deutsche Reich als nicht im Schlepptau der Schweiz segelnd erscheinen zu lassen. Es übernimmt selbst die Führung. Es wird nicht an Versuchen fehlen, die rühmlichen Gedanken des Kaisers zu vereiteln oder abzuschwächen. Daß diese Versuche Erfolg haben werden, glauben wir nicht. In dieser Richtung kommt Wesentliches darauf an, daß die Wahlen dem Kaiser eine Reichstagsmehrheit zur Seite stellen, die ihm die Ausführung seiner edlen Absichten erleichtern. Die deutschen Arbeiter wissen jetzt, welches Wohlwollen der Kaiser ihren berechtigten Bestrebungen entgegenbringt und daß er mehr als jeder andere Faktor im Stande ist, ihr Loos zu verbessern. Dazu gehört aber auch, daß sie ihm vertrauensvoll entgegenkommen, daß sie ernstlich entschlossen sind, auch ihrerseits in friedlichem Sinne an den sozialen Reformen sich zu betheiligen. Der Kaiser hat die Absicht, ihr Loos zu bessern, er ist aber auch entschlossen, der deutschen Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte zu sichern, sowie Frieden und Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Gott gebe unserem Kaiser die Kraft, das hohe Werk, das er unternommen, auch zu vollenden!

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. Februar.

Berlin. Mit Genehmigung des Kaisers hat die Kaiserin Augusta Victoria das Protektorat über den Verein der Berliner Volksküchen übernommen. — Der Bundesrath hat dem vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf betr. die Wehrpflicht der Geistlichen zugestimmt. — Zwischen Deutschland und England schweben, wie es heißt, Verhandlungen, welche bezwecken, die Frage der Zugehörigkeit der ostafrikanischen Inseln Tattia und Manda einem Schiedsgericht zu unterbreiten. — Den Sächs. Albrechtsorden erhielten und zwar das Komthurkreuz erster Klasse Regierungspräsident Freiherr Junker v. Ober-Conreut zu Breslau, das Ritterkreuz erster Klasse Polizeihauptmann v. Hartmann und das Ritterkreuz zweiter Kl. Polizeileutnant Metzler zu Berlin. Kreisgerichtsrath Schaper erhielt das Komthurkreuz zweiter Kl. des herzogl. Sachsen-Ernestinischen Hausordens. — Im benachbarten Rixdorf gab gestern auf offener Straße ein alter Verbrecher, der „Arbeiter" Dobbert, 5 Schüsse auf seine sogenannte Braut ab. Am Aufkommen derselben wird gezweifelt. Als der Attentäter verfolgt wurde, feuerte er auf sich einen Schuß in den Mund ab und brach sofort zusammen.

Breslau. Die beiden kaiserlichen Erlasse wurden heute durch Anschlag an den Straßenecken zur Kenntniß der gesammten Bevölkerung gebracht.

Halle. Der ordentliche Professor der Landwirthschaft, Direktor des landwirthschaftlichen Instituts an der Universität Göttingen, Dr. Kirchner, früher in Halle, wurde zum Direktor des landwirthschaftlichen Instituts an der Universität Leipzig ernannt.

Heidelberg. Der berühmte Augenarzt Geh. Rath Dr. Becker ist gestorben.

Bern. Dem Bundesrathe ist bis jetzt nichts Amtliches bezüglich des Erlasses des deutschen Kaisers in Sachen des Arbeiterschutzes zugegangen, dagegen dürfte die offizielle Einladung des Bundesrathes zu der auf den 5. Mai anberaumten internationalen Arbeiterschutz-Konferenz heute noch eingetroffen sein.

London. Die „Times" spricht sich nahezu ablehnend über den Plan einer Arbeiterschutz-Konferenz aus. Sie sagt, wenn eine internationale Regelung von Arbeitsstreiten auf billiger Grundlage stattfinden solle, so sei es Hauptbedingung, daß kein Land unbillig gehemmt sei, und dies würde die Aufhebung aller Schutzzölle und Prämien in sich schließen.

Petersburg. Anläßlich der Erlasse des deutschen Kaisers, besonders desjenigen, welcher eine internationale Konferenz über die Arbeiterfrage in Anregung bringt, bemerkt das „Journal de St. Petersbourg": Als die Schweiz die europäischen Mächte zur Berathung der Arbeiterfragen einlud, mußte es Männern von Ueberlegung scheinen, daß es der Schweiz einigermaßen an dem nöthigen Ansehen und Prestige fehle. Nur eine starke Regierung, die sich ihrer Macht bewußt ist, konnte ein solches Werk versuchen, denn im Falle eines Mißerfolges verfügt sie über die nöthigen Mittel, um zu verhindern, daß der öffentliche Friede und die nationale Arbeit von Denen gestört werde, welche die Absichten derselben entweder falsch verstanden haben oder zu entgegengesetzten Zwecke ausbeuten wollten. Man werde überall mit lebhaftem und sympathischem Interesse den verschiedenen Phasen des Unternehmens folgen.

Sofia. Die Untersuchung ergiebt den Zusammenhang Panitza's mit Zankow. Der Beschluß der Reise des Prinzen Ferdinand nach Philippopel bleibt aufrecht.

Die Berliner Börse verlief matt. Banken stark angeboten und weichend. Auch deutsche Bahnen litten unter der ungünstigen Tendenz. Oesterreichische Bahnen konnten sich besser behaupten; Bergwerke gingen prozentweise zurück. Fremde Renten waren still und schwächer. In Russen fanden umfangreiche Realisationen statt. Im Kassaverkehr waren Banken schwach, Dresdner 2,40 niedriger. Eisenbahnen konnten sich im Ganzen besser behaupten, besonders deutsche. Bergwerke und andere Industriepapiere waren matt, deutsche Fonds fest, österreichische Prioritäten still und unverändert. Privatdiskont 3⅝ Prozent. Nachbörse flau. — **Wetter:** Vorwiegend heiter und sonnig, Nordostwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 275,00. Staatsb. 187,30. Lomb. 115,10. Galizier —,—. Egypter 91,40. 4proc. Ung. Goldr. 80,00. Diskonto 237,60. Dresdn. Bk. 177,60. Laura 161,10. Gelsenkirchen —,—. Matt.

Wien (Abends.) Credit 321,80. Staatsbahn 217,50. Lombarden 135,50. Nordwest 197,00. Markfnoten 58,00. Ung. Credit 348,00. Befestigt.

Paris. (Schluß.) Rente 87,70. Anleihe 105,72. Italiener 94,00. Staatsbahn 465,00. Lombarden 335,00, do. Prioritäten —. Spanier 72⅝. Egypter 474,37. Ottomanen 531,00. Cacombie 527,50. Behauptet.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Februar 24,30, per Mai-August 24,20, matt. Spiritus per Februar 35,25, per Mai-August 37,50, ruhig. Rüböl per Februar 85,25, per Mai-August 73,00, steigend.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 202, per Mai 204. Behauptet. Roggen per März 145, per Mai 147. Behauptet.

London (Produkten-Bericht). Weizen träge, unverändert. Mehl gute Nachfrage, stetig. Hafer gefragter, mitunter theurer. Uebriges ruhig, stetig. — Wetter: Kalt.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der **König** kam gestern Vormittag nach dem Residenzschloß, nahm daselbst die Vorträge der Herren Staatsminister und Abtheilungsvorstände entgegen und ertheilte einige Audienzen. Um 1 Uhr empfing der König in besonderer Audienz den in außerordentlicher Mission hier angekommenen Gesandten von Schwarzburg-Rudolstadt, Kammerherrn v. **Holleben** und nahm von demselben das Schreiben entgegen, durch welches Se. Durchlaucht Fürst Günther zu Schwarzburg-Rudolstadt seinen Regierungsantritt anzeigt. Der Herr Gesandte wurde zu dieser Audienz mit dem Königl. Galawagen vom Hotel Stadt Rom, woselbst er abgestiegen ist, abgeholt. Zu der um 5 Uhr in der Königl. Villa zu Strehlen abgehaltenen **Hoftafel** waren an den Kammerherrn v. Holleben, an den Staatsminister General Graf Fabrice, an den Königl. preußischen Generalleutnant à la suite der Armee Graf Kanitz u. s. w. Einladungen ergangen.

— Stadtrath Uhrmacher **Bucher** in Dippoldiswalde erhielt das Ritterkreuz 2. Klasse vom Albrechtsorden.

— Dem vormaligen Gemeindevorstand **Berger** in Langebrück wurde das Albrechtskreuz verliehen.

— **Landtag.** In der **ersten Kammer** erstattete zunächst Bürgermeister Thiele-Döbeln Bericht über den Stand und die Betriebsergebnisse der Altersrentenbank, durch den sich die Kammer auf Antrag der 3. Deputation für befriedigt erklärte. Frhr. v. Tauchnitz nahm Gelegenheit, der Leitung und Verwaltung dieses Instituts seine besondere Anerkennung zu zollen. Rittergutsbesitzer Reich referirte hierauf über die Petition des Vereins Urne in Dresden und des Vereins für Feuerbestattung in Chemnitz um gesetzliche Zulassung der **Feuerbestattung** in Sachsen. Die Deputation beantragte, dem Beschlusse der zweiten Kammer entsprechend, die Gesuche auf sich beruhen zu lassen. Oberhofprediger Dr. Meier rechtfertigte das evangelisch-lutherische Landesconsistorium von dem Vorwurfe der Intoleranz, weil es das Aufstellen von Urnen auf Friedhöfen versagt habe. Viel eher könne man das Consistorium allzu großer Milde zeihen. Wenn freilich Aufrechterhaltung der christlichen Zucht und Sitte Intoleranz bedeuten soll, dann könne sich das Consistorium den Vorwurf gefallen lassen. Auch die Duldsamkeit habe ihre Grenze, wenn sie zur Verleugnung der christlichen Prinzipien führe und diese Prinzipien waren es, welche das Consistorium bestimmte, die Aufstellung von Urnen auf Gottesäckern abzulehnen. Also nicht aus einem dogmatischen Grund ist das geschehen, sondern aus Rücksicht für eine durch hundertjährige Kultur geheiligte Sitte. Die Wahrung dieser kirchlichen Sitte des Begräbnisses sei eine der ernstesten Pflichten des Kirchenregiments und in ihrer Ausführung werde sich das Consistorium durch keine Angriffe irre machen lassen. Superintendent Dr. Pank erklärt in längerer Rede, daß aus hygienischen Gründen jedenfalls keine Nothwendigkeit der Feuerbestattung erwachse, ebensowenig aus ästhetischen Gründen. Der natürliche Zersetzungsprozeß sei ihm viel sympathischer als das gewaltsame Braten und Schmoren des todten Leibes. Wenn die Petenten sich auf die Fortschritte in anderen Ländern beriefen, so scheine ihm dies wenig glücklich, denn nur für einen geringen Bruchtheil der Bevölkerung jener Länder ist, gleichwie bei uns, ein Bedürfniß nach Feuerbestattung vorhanden. Wenn dieses der Fall wäre, so würde der Verein „Urne" nicht blos 300 Mitglieder zählen. Vorläufig also könne von einer zwingenden Nothwendigkeit der Feuerbestattung keine Rede sein. Ebensowenig hat diese Frage mit einer Gewissensbedrückung zu thun. Die Petenten erklären selbst, daß es sich hier um eine Frage des Gefühls handele. Die gesetzliche Einführung der Leichenverbrennung wäre ein verhängnißvoller Eingriff in unser christliches Volksleben. Man soll an den geheiligten Sitten unseres Volkes ja nicht ohne Noth rütteln. Die Gräber sind für unser Volk gottesdienstliche Stätten und für den Armen oft das einzige Plätzchen, das er sein nennen kann. Man würde nur eine neue trennende Kluft erzeugen zwischen dem Reichen, der sich verbrennen lassen kann, und dem Armen, der sich begraben lassen muß. Redner wendet sich hierauf gegen die von dem Abg. Schreck in der zweiten Kammer gegen ihn gerichteten Angriffe und stellt an der Hand der Landtagsmittheilungen mehrere Behauptungen des Abg. Schreck richtig. Er bitte die Kammer, für den Antrag der Deputation zu stimmen und nicht die Hand dazu zu bieten, daß ohne Noth der erste Axthieb geschehe an der geheiligten Sitte unseres Volkes. Der Antrag wurde hierauf ohne weitere Debatte einstimmig angenommen. — Bezüglich der Petition des Frl. Moritz in Kötzschke um Ersatz eines Vermögensverlustes bei einer Zwangsversteigerung beschloß die Kammer, das Gesuch auf sich beruhen zu lassen.

— In der **zweiten Kammer** kam es gestern zu lebhaften Auseinandersetzungen über das sächsische Vereins-Gesetz und das Sozialistengesetz. Zuvor bewilligte die Kammer debattelos 65,300 Mk. zur Erweiterung der Gleisanlagen in Einsiedel und 41,700 Mk. zum Neubau des Haltestellengebäudes in Dornreichenbach. Im Anschluß daran wurde der Regierung nach kurzer Darlegung der Verhältnisse durch die Abgeordneten Dähritz und Eulitz die Anlage eines öffentlichen Weges für Fuß- und Wagenverkehr von Westen her nach dieser Haltestelle zur Erwägung gegeben. Abg. Weigand erstattet sodann Bericht über die Beschwerde des Vorstehers des Volksvereins für Gablenz und Umgegend, A. Hartmann, wegen der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts. Der Sachverhalt ist kurz folgender: In dem im sozialistischen Fahrwasser segelnden Verein hatte am 13. April der aus Leipzig ausgewiesene Sozialdemokrat Zuckschwerdt einen politischen Vortrag halten wollen, doch war die Versammlung von der Amtshauptmannschaft Chemnitz verboten worden. Darauf war eine zweite Versammlung angesetzt und genehmigt worden. Als der überwachende Beamte in dieser Versammlung vernahm, daß als Referent wieder Zuckschwerdt sprechen wollte, verbot er dies, was jedoch die Abhaltung der Versammlung nicht hinderte. Ueber diese beiden Verbote hat der Vorstand des Vereins bei der Kreishauptmannschaft und dem Ministerium Beschwerde geführt, ist jedoch abgewiesen worden und wendet sich nun beschwerdeführend an die Kammer. Die Deputation findet indeß gleichfalls, daß die Verbote zu Recht erfolgt sind und beantragt, die Petition auf sich beruhen zu lassen. Gegen dieses Verbot wendet sich Abg. Geyer, indem er zunächst schwere Beschuldigungen gegen die Unbefangenheit und Unparteilichkeit der mit der Handhabung des Vereins- und des Sozialistengesetzes betrauten sächsischen Beamten richtet. Er bestreitet weiter, daß der in Frage stehende Verein sozialdemokratischen Tendenzen huldige. Auf Grund von bloßen Polizeimittheilungen sei die Deputation nicht berechtigt, ein solches Urtheil zu fällen. Zuckschwerdt sei ihm persönlich bekannt und ein lieber Freund. Er sei ein Mann, der mäßig denke, vernünftig vorgehe und seine Ausdrücke zu wählen wisse. Bei ihm könne es nicht vorkommen, daß er sich verschnappe. (Ruf: Aha!) Die Erregung gegen Zuckschwerdt sei also ganz ungerechtfertigt. Derselbe habe

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42).
Zur Kur: Buttermilch.